



Infoblatt der SP Zürich 1+2 , Februar 2021

Inhalt

Gemeinderat 2022 - 2026 - bist du unsere nächste Kandidatin oder Kandidat?	2
Schlagzeilen	3
Personelles	3
Agenda	3
Abschied	4
Corona	5
Medienschelte	7
Kolumne: Gemeinderätliches	8
Karikatur:	9
Anhang: Unterlagen GV 2021	10

Editorial

von Renate Fischer

50 Jahre Frauenstimmrecht



Liebe Genossinnen und Genossen,

liebe Leserinnen und Leser

Wir feiern dieses Jahr 50 Jahre Frauenstimmrecht in der Schweiz - ein eher bittersüßes Ereignis,

wie meine Gemeinderatskollegin, Vera Ziswiler, findet, denn wir haben dieses Recht nicht nur verhältnismässig spät bekommen, es gibt auch noch viel zu tun.

Aber es gibt auch Positives zu berichten: Im Gemeinderat hat sich eine Interessensgemeinschaft Frauen im Gemeinderat gebildet, die parteiübergreifend Themen aufgreift, gemeinsame Erklärungen verfasst, Vorstösse formuliert und einreicht. Ein Ziel, das wir alle teilen ist, Frauen jeglichen Alters zu motivieren, sich politisch zu engagieren. Denn auch wenn in der Stadt Bern im letzten Dezember erstmals in der Schweiz ein mehrheitlich weibliches Parlament gewählt wurde: in Zürich sieht es bislang anders aus. Bei der Stimmbeteiligung zeigt sich mittlerweile, dass sich junge Frauen ebenso - oder wie bei der Konzerninitiative sogar überproportional - an den Abstimmungen beteiligen.

Nächstes Jahr sind Gemeinderats- und Schulpflegewahlen. Überlegt Euch (das gilt für alle), ob Ihr Euch auch in einem Amt engagieren und die SP in einem dieser Gremien vertreten wollt. Vielleicht wisst Ihr nicht so genau, was so ein Amt umfasst, dann lest den Aufruf von Marion auf Seite 2, den von Natascha verfassten Jahresbericht der Gemeinderät*innen ab Seite 16 - und falls Ihr mehr wissen wollt, dann sprecht uns doch darauf an. Wir geben gerne Auskunft.

(Fortsetzung S. 2)

Impressum

Das Infoblatt der SP1+2 erscheint ca. drei Mal jährlich. Es wird an alle Mitglieder verteilt. Beiträge von Mitgliedern sind sehr erwünscht, bitte an: Info@sp1sp2.ch.

Auflage: 300 Exemplare

Redaktion:

Renate Fischer (RF)

Pawel Silberring (PS)

Lektorat: Stephan Galliker

Adresse für LeserInnenbriefe und anderes:
info@sp1sp2.ch

**Adressänderungen bitte melden an:
ingohelm@bluewin.ch**



Mit einem lachenden und einem (grossen, fest) weinenden Auge verabschiede ich an dieser Stelle Pawel Silberring, der das SP Info über viele Jahre hinweg als Chefredaktor geleitet und dafür gesorgt hat, dass unsere Mitglieder 3-4-mal pro Jahr Informationen aus der Sektion erhalten haben: Danke, Pawel für Dein langjähriges Engagement - und vielleicht schreibst Du ja doch auch in Zukunft den einen oder anderen Beitrag? Wer Interesse an der Chefredaktion unserer Mitgliederzeitung hat: zusätzliche Informationen findet Ihr im Aufruf auf Seite 4.

Ich wünsche Euch eine gute Lektüre!

Gemeinderat Zürich

Gemeinderat 2022 - 2026 - bist du unsere nächste Kandidatin oder Kandidat?

Am 13. Februar 2022 wird in der Stadt Zürich das nächste Mal das 125-köpfige Parlament gewählt. Unser Ziel dabei muss es sein, die erfolgreiche linke Mehrheit im Stadtrat und im Gemeinderat zu erhalten und zu stärken. Gleichzeitig wollen wir als SP unsere starke Rolle innerhalb des linken Spektrums neben den Grünen und der AL festigen. Wir wollen nicht nur Klimaanliegen, wie Netto-Null und die Förderung des Velo-Verkehrs vorantreiben. Wir kämpfen auch für bezahlbaren Wohnraum, für Gleichstellung, für Chancengerechtigkeit in der Bildung, für Solidarität mit den Benachteiligten, erst recht jetzt im Hinblick auf die Auswirkungen der Corona-Pandemie.

Wir brauchen dich!

Dazu brauchen wir in einem ersten Schritt eine vielfältige und überzeugende Liste. Möchtest du Teil davon sein? In Zürich hat unser Wahlkreis 1 und 2 insgesamt 12 Sitze im Gemeinderat. Bei den letzten Wahlen 2018 konnten wir als SP einen 4. Sitz gewinnen. Diese vier Sitze möchten wir auf jeden Fall verteidigen oder sogar unseren Wähleranteil ausbauen.

Zusätzlich zu unseren vier Bisherigen suchen wir also acht motivierte und engagierte Genoss*innen, die auf unserer Liste kandidieren, mit uns in Wahlkampf steigen und allenfalls nachrücken, wenn jemand von den Gewählten zurücktritt. Für Letzteres lohnt es sich, einen der vorderen Listen-

plätze anzustreben. Möchtest du in erster Linie einmal einen Wahlkampf miterleben und mitprägen, so sind wir auch auf den hinteren Listenplätzen auf kreative und engagierte Sektionsmitglieder angewiesen.

Was bedeutet es, Mitglied im Gemeinderat zu sein?

Das Amt ist überaus spannend, eine faszinierende Tätigkeit, die Freude macht. Sie gibt Einblick in die vielfältigen Aufgaben und aktuellen Themenfeldern der Stadtverwaltung und ermöglicht dir die politische Arbeit der SP-Fraktion mitzuprägen. Dies geschieht zum einen durch eigene Vorstösse. Weniger öffentlichkeitswirksam, aber mindestens ebenso wichtig ist die Arbeit in einer der Kommissionen, wo es mit Kreativität und politischem Geschick in den Vorlagen des Stadtrates politische Akzente zu setzen gilt.

Das Amt verlangt eine hohe Verbindlichkeit, Engagement und Flexibilität. Der Gemeinderat tagt jeden Mittwoch (ausser in den Schulferien) ab 17 Uhr, vorher finden ab 15 Uhr die Fraktionssitzungen statt. Wir wollen keine Chancen verschenken, weil uns wegen Abwesenheiten wichtige Stimmen fehlen, darum ist die Teilnahme an den Ratssitzungen bei uns in der SP-Fraktion obligatorisch.

Weiter sind alle Gewählten auch Mitglied in einer Sach- oder Aufsichtskommission und haben wöchentlich oder alle 14 Tage eine Kommissionssitzung an einem anderen Abend der Woche. Zusätzlich braucht es Zeit, um Unterlagen zu studieren, um Vorstösse vorzubereiten oder an Informationsveranstaltungen teilzunehmen.

Jetzt bewerben!

Möchtest du für den Gemeinderat kandidieren und mit uns in einen engagierten Wahlkampf ziehen? Schlägt dein Herz für eine gestaltende Politik in der grössten Stadt der Schweiz?

Dann melde dich bis spätestens bis am 31. März 2021 bei Sabine Ziegler, der Präsidentin unserer Findungskommission unter contact@sabine-ziegler.ch.

Sabine beantwortet auch gerne Fragen zur Kandidatur und Mandatsarbeit unter 079 639 93 43.

Marion Schmid



Schlagzeilen

Grösseres Schulhaus in Leimbach

"Die Schulanlage Leimbach soll durch einen Neubau für 18 Primarklassen, zwei Kindergärten und eine Doppelsporthalle ersetzt werden." So beginnt die Weisung an den Gemeinderat, mit der ein Neubau der Schule in Leimbach geplant wird. Es wird mit deutlich mehr Schülerinnen und Schülern gerechnet und gleichzeitig ist das Schulhaus, das 1901 erstellt wurde, nicht mehr einfach erneuerbar. Es ist am Ende seines Lebenszyklus angelangt und soll daher ersetzt werden. Gleichzeitig wird es deutlich vergrössert: Heute nimmt das Schulhaus lediglich 13 Klassen auf. Und das Schulhaus soll als Tagesschule eingesetzt werden können, was die entsprechenden Räume am Mittag umfasst.

Grösseres Schulhaus in der Enge

Bereits im Mai wurde der Ausbau der Schule "Lavater" in der Enge beschlossen. Ausbau heisst in diesem Fall: "Das Projekt umfasst neu die Instandsetzung des Schulhauses und der Sporthalle, die auch als Mehrzweckhalle für grössere Veranstaltungen dienen kann, einzelne räumliche Optimierungen im Schulhaus (u. a. Schaffung von Gruppenräumen), die Unterbringung der Küche und der Verpflegungsräume in der Sporthalle und den Bau einer unterirdischen Doppelsporthalle." (Zitat aus der Weisung). Das Projekt wurde vom Gemeinderat genehmigt und soll nun gebaut werden.

Erweiterung der Seeanlage in der Enge?

Man muss ein Fragezeichen setzen: Es gibt die Idee, das Seeufer in der Enge zu erweitern. Der Verkehr würde über die Alfred-Escher Strasse umgeleitet und das Mythenquai wäre in diesem Bereich Fussgängerzone, die entsprechend gestaltet werden müsste, aber auch könnte. Das ist erst mal eine Idee und daher das Fragezeichen, aber wir berichten über diese Idee gerne auch ohne Fragezeichen.

Personelles

Ein herzliches Willkommen an unsere Neumitglieder:

Werner Fessler
Franziska Löpfe
Najafi Mushtaq Hussain
Bigna Schulthess
Sylaj Fitim
Amr Abdelaziz
Jack Müller
Gaston Russi
Antonia Hauswirth
Anna Hürlimann
Julia Conrad-Wassmer

Ehrungen

Auch dieses Jahr haben wir runde Jubiläen von Mitgliedern, die wir gerne vermerken. Wir gratulieren den JubilarInnen, wir danken ihnen aber auch ganz speziell für die Treue und die Unterstützung, die wir in den Jahrzehnten von ihnen erhalten durften.

- **Lilo Furrer 40 Jahre**
- **Stephan Galliker 30 Jahre**
- **Rahel Strebel 20 Jahre**

Agenda

- GV der SP 1+2 am Freitag, 19. März 2021: Genossenschaft Hofgarten, Gemeinschaftsraum Greencity, Maneggstrasse 73, 8041 Zürich

Eintrudeln und Apéro ab 18.30 Uhr, Beginn der GV um 19.00 Uhr



Abschied

Liebe Leserin und Leser,

mit dieser Nummer verabschiede ich mich als Redaktor des Info-Blattes. Es ist der richtige Zeitpunkt, auch wenn ich das Info bis zuletzt sehr gerne gemacht habe. Die Beiträge organisieren und selber Beiträge schreiben, dazu in Seitenhieben Frust in Kreativität umwandeln, das war eine tolle Aufgabe.

Nun werde ich nicht jünger und darum ist es Zeit, das Blatt einer Nachfolgerin oder einem Nachfolger zu übergeben. Der Stellenbeschrieb von unserem Co-Präsidenten ist vis-à-vis zu sehen. Wir sind zum eindeutigen Schluss gekommen, dass ein gedrucktes Blatt nach wie vor richtig ist. Wer frühstückt mit dem Computer? Wer tippt im Tram auf der Tastatur? Neben der elektronischen Kommunikation braucht es den klassischen Informationsaustausch und so darf das Infoblatt gerne weiterbestehen.

Es wird anders aussehen, davon ist auszugehen. In den ca. 10 Jahren seit der ersten Nummer hat sich viel geändert und so werden sicher neue Tools Einzug nehmen. Ob und was inhaltlich ändert oder bleibt, musst du entscheiden, wenn du dich als neue Chefredaktorin oder Chefredaktor meldest.

Einiges kann gleich bleiben, insbesondere die aktiven Redaktorinnen bzw. Zeichnerin der Karikatur. Das war für mich sehr wertvoll, denn ohne aktive Mitarbeit kann man das Info nicht machen.

Für mich bleibt ein grosses Dankeschön an alle, die mitgeholfen und an alle, die das Info gelesen haben. Ich ziehe mich zurück und bleibe ein sehr interessierter Leser.

Herzlich

Pawel Silberring

Chefredaktor* In Info der SP Zürich 1+2 gesucht

Das SP-Info der SP Zürich 1+2

- 3 Ausgaben pro Jahr
- 12-16 Seiten je Ausgabe
- Zurzeit fester Bestandteil des SP-Info:
 - Kolumne Natascha Wey
 - Artikel Renate Fischer
 - Karikatur Sabine Ziegler

Deine Aufgaben

- Verfassen eigener Artikel
- Aufbau / Gestaltung des Hefts
- Koordination und Absprachen mit den einzelnen Redaktor*Innen und weiteren Beteiligten
- Koordination und Absprachen mit den Lektor*Innen und dem Druck

Weitere Infos

- Viele Freiheiten bei der Gestaltung und beim Inhalt des SP-Info
- Zeitpunkt der Herausgaben frei wählbar, jedoch muss 1 Ausgabe vor der GV inkl. GV-Einladung etc. raus
- Zeitaufwand pro Ausgabe ca. 10 Stunden

Wenn du noch weitere Fragen hast oder diese Aufgabe gerne übernehmen möchtest, melde dich bei Pawel Silberring, pawel.silberring@sunrise.ch oder bei Remo Crestani, recre@gmx.ch.

Corona von Marion Schmid

Die Corona-Politik in der Schweiz ist eine Geschichte der Widersprüchlichkeiten und Ambivalenzen. In vielen dieser Widersprüche und Ambivalenzen dreht sich die Diskussion um Themen, die auch sonst unser Leben prägen, doch in der Krise zeigen sich diese umso deutlicher.

Die Menschen mögen Ambivalenzen nicht, Politiker*innen mögen solche erst recht nicht. Sie mögen eindeutige Befunde, einfache Rezepte und klare Ansagen. Aber so ist das Leben nicht und wir würden gut daran tun, dies anzuerkennen.

Eine dieser Ambivalenzen ist die zwischen Sicherheit und Freiheit. Sie zieht sich wie ein roter Faden durch alle Diskussionen rund um Corona-Massnahmen. Eines der offensichtlichsten Beispiele sind die Massnahmen in den Alters- und Pflegeheimen zum Schutz der Bewohner*innen. Zu Beginn der Corona-Krise, während des Lockdowns, verordnete der Bundesrat allen Heimen ein generelles Besuchsverbot. Konkret bedeutete dies: Bewohner*innen durften ihre Institution nicht verlassen und keinen Besuch empfangen. Anders wusste man sich nicht zu helfen, als den alten Menschen ihre Bewegungsfreiheit - zu ihrem eigenen Schutz - fast vollständig zu nehmen. Dieses generelle Verbot wurde je länger es andauerte, umso heftiger kritisiert.

Wohl am deutlichsten äusserte sich Thomas Manhart, der einstige Chef des Zürcher Amts für Justizvollzug. Er schrieb am 25. Mai 2020 im Tagesanzeiger einen vielbeachteten Gastbeitrag unter dem Titel "Die Menschen in den Heimen sind Gefangene". Darin kritisierte er, was mit den alten und behinderten Menschen gemacht werde, erfülle die Tatbestände der Freiheitsberaubung und der Nötigung. Er lanciert damit das Thema erstmals öffentlich. Er argumentierte, dass das Weiterleben um jeden Preis für diese Menschen gar nicht mehr im Vordergrund stehe, wohl aber das Zusammensein mit ihren Angehörigen. Die Heimbewohner*innen würden unter der Isolation mehr leiden und diese sei für ihre

Gesundheit schlussendlich schädlicher.

An seinen Ausführungen ist viel Wahres dran. Manhart forderte "Lösungen im Einzelfall", ohne allerdings näher darauf einzugehen, wie diese aussehen könnten. Er betonte den Wert der Freiheit, auch da wo sie im Widerspruch zur Sicherheit steht, doch er zeigt nicht den Mut, klar zu sagen, wie viel Sicherheit man denn zu Gunsten der Freiheit aufgeben sollte. Wohl weil es darauf keine einfache Antwort gibt...

Dennoch, im Hinblick auf die zweite Welle hatten die Institutionen ihre Lehren gezogen. Curaviva, der Verband der Heime, legte im Juni 2020 einen ersten Vorschlag eines Ampelsystems vor. Mit diesem System können die Institutionen ihre Schutzmassnahmen laufend den aktuellen Begebenheiten anpassen, in Abhängigkeit der Ansteckungszahlen im Kanton. Dieses Kriterium wurde sehr bald zu Makulatur, denn im Kanton Zürich hätten ab 35 Ansteckungen pro Tag die Besuche schon sehr massiv eingeschränkt werden sollen, ab 100 gänzlich verboten. Mitte August wurde der Grenzwert erstmals klar überschritten, am 15. Oktober 2020 bereits um das Zehnfache und einen Tag später meldete der Kanton über 700 Neuansteckungen. Trotz allem: Besuchsverbote blieben tabu. Aber das Ampelsystem setzte sich durch, primär als Instrument, um Corona-Ausbrüche in Heimen, die es nun landauf landab gab, wieder unter Kontrolle zu bringen.

Diese flexiblere Handhabung erlaubte die "Lösung im Einzelfall" bis zu einem gewissen Grad. Der Preis, den die Gesellschaft dafür zahlte, waren zahlreiche Corona-Ausbrüche in fast allen Heimen mit vielen Ansteckungen und vielen Todesfällen. Die gleichen Zeitungen, die im Frühsommer die unhaltbare Freiheitsberaubung der Heimbewohnenden kritisiert hatten, beklagten nun die Gleichgültigkeit gegenüber den vielen Corona-Toten in unserem Land.

In dieser Frage nach der Ambivalenz zwischen Sicherheit und Freiheit schwingt eine andere mit: Die nach Selbstbestimmung und Solidarität. Wir



entscheiden nicht für uns alleine, sondern in Abhängigkeit und (hoffentlich) in Solidarität mit anderen.

Die Schweiz erlebte in der ersten Welle während des Lockdowns eine Welle der Solidarität, die gerade uns politisch Linken hoffnungsvoll stimmte. Diese Solidarität zeigte aber sehr bald eine un-schöne Kehrseite: Nämlich den Anspruch an Schwächere, die da geschützt wurden, dass sie gefälligst dankbar sein sollten für die Opfer, die die Gesellschaft für sie bringt, auch dann, wenn sie nie danach verlangt hatten. Ältere Menschen, die sich während des Lockdowns im März und April im öffentlichen Raum bewegten, ernteten vorwurfsvolle Blicke, Anfeindungen gar. Sie erlebten Ausgrenzung, Stigmatisierung und Entmündigung, gegen die sich nicht wehren konnten. Eine ältere Bekannte sagte mir einmal, sie wüsche sich, es gäbe ein offizielles Formular, auf welchem sie erklären könne, dass sie kein Spitalbett beanspruche, sollte sie sich mit Corona anstecken. Dafür wolle sie ihre Freiheit und Selbstbestimmung zurück. Doch diese Möglichkeit gab es nicht.

Dieses Faktum ist interessant, denn die Selbstbestimmung hat sonst eine sehr hohe Bedeutung, auch im Hinblick auf Leben und Tod. Die Möglichkeit der Sterbehilfe gilt in linken Kreisen eindeutig als Fortschritt, die Option der Abtreibung erst recht - eine Errungenschaft. Im Kontext von Corona wurde die Frage weniger diskutiert, teilweise gar abgewürgt. Ich erinnere mich an einen Parteikollegen, der sich darüber entrüstete, dass die Bewohnenden von Pflegeheimen nun gefragt würden, ob sie im Falle eine Corona-Ansteckung ins Spital verlegt werden wollen. Er sah darin eine Nötigung. Er war sich offensichtlich nicht bewusst, dass die Frage danach, welche Behandlungen in welchem Fall noch gewünscht würden, spätestens bei einem Eintritt in ein Pflegeheim zum Standardprozess gehört, seit vielen Jahren schon. Das ist richtig und wichtig, wenn die Selbstbestimmung der Menschen auch im hohen Alter uns ein ernsthaftes Anliegen sein soll.

Die Diskussion um die Corona-Politik ist eine Diskussion um Ambivalenzen und Interessensabwägungen. Wie in fast allen politischen Diskussionen tun wir gerne so, als wäre nur eine Haltung denkbar, nur eine Haltung richtig und alle anderen falsch, ja sogar verwerflich.

Ich persönlich bin überzeugt, dass das nicht stimmt. Das Ausblenden von Ambivalenzen behindert die politische Diskussion und schmälert die Qualität unserer Entscheidungen. Ich denke, es ist wichtig, dass wir auch die Sichtweise und die Argumente der Gegenseite als berechtigt und relevant anerkennen und in den Diskurs einbeziehen. Wir müssen einer Haltung nicht zustimmen, aber wir sollten sie respektieren und darlegen können, warum wir sie nicht teilen. Das würde ich mir für alle politischen Diskussionen wünschen und erst recht, wenn die Ausgangslage so unklar und unübersichtlich ist, wie jetzt.

Und nein, nicht alles in der Diskussion rund um die Corona-Krise ist ambivalent oder gar widersprüchlich. Die Systemrelevanz und die Wertschätzung gewisser Berufe sind es nicht. Es ist ebenso offensichtlich wie unsinnig, dass gerade Berufe, die sich in der Krise als besonders systemrelevant gezeigt haben, oft besonders wenig Wertschätzung erhalten. Allen voran die Pflege- und Betreuungsberufe, aber auch Jobs im Verkauf und in der Reinigung. Sie alle sind typische Frauenberufe, sie alle sind hochgradig systemrelevant und sie alle haben schlechte Arbeitsbedingungen und sind im Verhältnis zu ihren Anforderungen tief entlohnt. Hier besteht keine Ambivalenz, sondern nur ein Mangel an politischem Willen. Hier können und sollen wir mit aller Vehemenz fordern, dass Systemrelevanz und Wertschätzung eines Berufes korrelieren müssen. Und Wertschätzung meint hier nicht Klatschen und schöne Worte, sondern faire faire Löhne, mehr Stellen, mehr Ausbildungsplätze, bessere Anstellungsbedingungen. Dafür kämpfen wir mit der Unterstützung der Pflege-Initiative, mit der Mindestlohn-Initiative und in unserer alltäglichen politischen Arbeit.



Medienschelte

Austeilen

Der Corona-Virus ist das alles überragende Ereignis des letzten Jahres und gleichzeitig das verwirrendste Ereignis. Wie oft konnte man lesen, dass die Pflegenden in den Spitälern am Anschlag sind? Wie oft stand, dass die alten Menschen eingesperrt werden, um ihr Leben nicht zu riskieren. Und wie oft stand die Forderung, die Skipisten zu öffnen oder die Beizen, weil sie sonst pleite gehen?

Man braucht nicht viel um festzustellen, dass die Sterberate mit Corona deutlich höher ist, als ohne, sehr deutlich höher. Wir hatten bis vor kurzem keine Impfung gegen das Virus, aber wir wussten, dass kluge Leute in potenten Firmen daran arbeiten. Ich verstehe schlecht, warum man die Vorbereitungen für eine Impfung auf die Zeit verschob, bis man die Impfung hat. Man kann doch alles bereit machen, damit man schnell reagieren kann, wenn die Impfforscher erfolgreich sind.

Ich verstehe nicht, warum man das Personal in den Spitälern so ziemlich ignorierte bei der Diskussion um die richtige Vorgehensweise. Man bekam das Gefühl, dass die Frage, ob und wie man Skifahren kann, sei viel wichtiger, als die Menschen in den Spitälern. Insgesamt hatte ich den Eindruck, die Lautesten und die Frechsten seien diejenigen, die am besten fahren. Aber warum das so war, diese Frage muss ich offen lassen.

Die SP, das kann ich zum Glück sagen, hat sich oft um Menschen gekümmert, die bei dem ganzen Geschrei untergingen. Ich schreibe "zum Glück", denn es wäre eine herbe Enttäuschung gewesen, wenn auch wir die Betroffenen der Corona-Krise einfach ignoriert hätten. Die Krise ist noch nicht ausgestanden und darum möchte ich, dass die SP weitermacht, um die Betroffenen und das Pflegepersonal zu vertreten. Und dass auch viele Gewerbebetriebe grosse Probleme haben, kann uns nicht egal sein. Es gibt zu tun und versagen ist sehr verboten! (PS)

Einstecken

"Streit um Nationalität entzweit die SP" stand als Titel im Tages-Anzeiger. Es geht um die sog. Nationalitäten-Initiative der SVP. Bei einem Verbrechen soll die Nationalität des Täters - Täterinnen sind viel seltener - genannt werden. Die SP tut sich schwer mit diesem Anliegen von rechts.

Ich verstehe sehr gut, dass man sich da schwer tut, denn eine solche Initiative hat leider Chancen, vom Volk angenommen zu werden. Es gibt nun einen Gegenvorschlag, der sich von der Initiative insofern unterscheidet, dass ein Migrationshintergrund von Schweizern nicht genannt werden soll. Wenn ich das richtig verstanden habe, ist das der einzige wesentliche Unterschied.

"Gut verstehen" ist aber nicht "gut finden", denn ich finde einen solchen Gegenvorschlag überhaupt nicht gut. Natürlich besteht die Chance, dass die SVP Erfolg hat und eine Mehrheit erhält, aber das würde ich zugunsten einer klaren Politik hinnehmen. "Täterinnen sind viel seltener" habe ich oben geschrieben und vermutlich stimmt das sogar - ich konsultiere jetzt keine Statistiken. Ich kann auch andere Kriterien aufstellen und allenfalls eine erhöhte Chance auf einen Täter finden, aber es ändert alles nichts: Die Polizei muss eine Täterin oder einen Täter identifizieren und dann folgt die Strafe. Ist es ein Ausländer, muss er auch mit einer Ausweisung rechnen, bei Schweizern geht das nicht. Banal, aber die SVP-Initiative will, dass alle "Jugos" schuld sind, wenn ein Täter aus Bosnien stammt, auch etwa mein serbischer Schachkollege, der nicht mehr der jüngste ist.

Wenn es zu einer Abstimmung kommt und wir uns entscheiden müssen, bin ich klar für ablehnen. Vielleicht verlieren wir dann die Abstimmung, aber nicht die Glaubwürdigkeit. (PS)



Kolumne: Gemeinderätliches

von Natascha Wey

Als ich 2019 in den Gemeinderat nachrutschte, war ich im 9. Monat schwanger. Ich habe immer gesagt, es gibt bessere und schlechtere Momente, ein politisches Amt anzutreten, mein Nachrutschzeitpunkt war vermutlich ein schlechterer. Ich habe schnell gemerkt: Nichts in diesem Rat ist für Schwangere oder junge Eltern gemacht. Dass es im 9. Monat kaum möglich ist, sich in die unvorstellbar engen Sitzbänke des Zürcher Rathauses zu quetschen, ohne Angst zu haben, dabei gleich die Geburt auszulösen, war dabei noch mein kleinstes Problem. Für die Zeit im Rat nach der Geburt fehlt zum Beispiel ein Zimmer, in dem frau in Ruhe abpumpen (oder stillen) kann mit einem kleinen Kühlschrank, so dass die abgepumpte Milch dann nicht im allgemeinen Kühlschrank neben den Colas der SVP stehen muss. Ich bin dann einfach mit einer riesigen Kühltasche durch den Ratssaal spaziert und habe mich dabei gefühlt wie eine Glacéverkäuferin an einem Fussballmatch. Kurz: eine Gesellschaft und eine Politwelt, die will, dass Menschen mit Kindern oder kranke Menschen möglichst schnell wieder zurücktreten, gestalten den Ratsbetrieb so.

Ich bin sehr gerne Gemeinderätin und bereue mein Nachrutschen keinesfalls, auch wenn es zeitweise streng war. Und dennoch ist es mir geblieben, dass eine der ersten Geschichten in der SP, die ich über eine schwangere Frau im Gemeinderat gehört hatte (das war lange vor meiner Zeit als Gemeinderätin) so ging: besagte Genossin habe an einem Donnerstag geboren, damit sie am Mittwoch darauf wieder im Rat habe sitzen können. Die Geschichte wurde immer mit einer gewissen Bewunderung erzählt und mit den damals gültigen Mehrheiten begründet. Es sei bei jedem Geschäft auf jede Stimme angekommen, also sei es zwingend gewesen, dass niemand fehle.

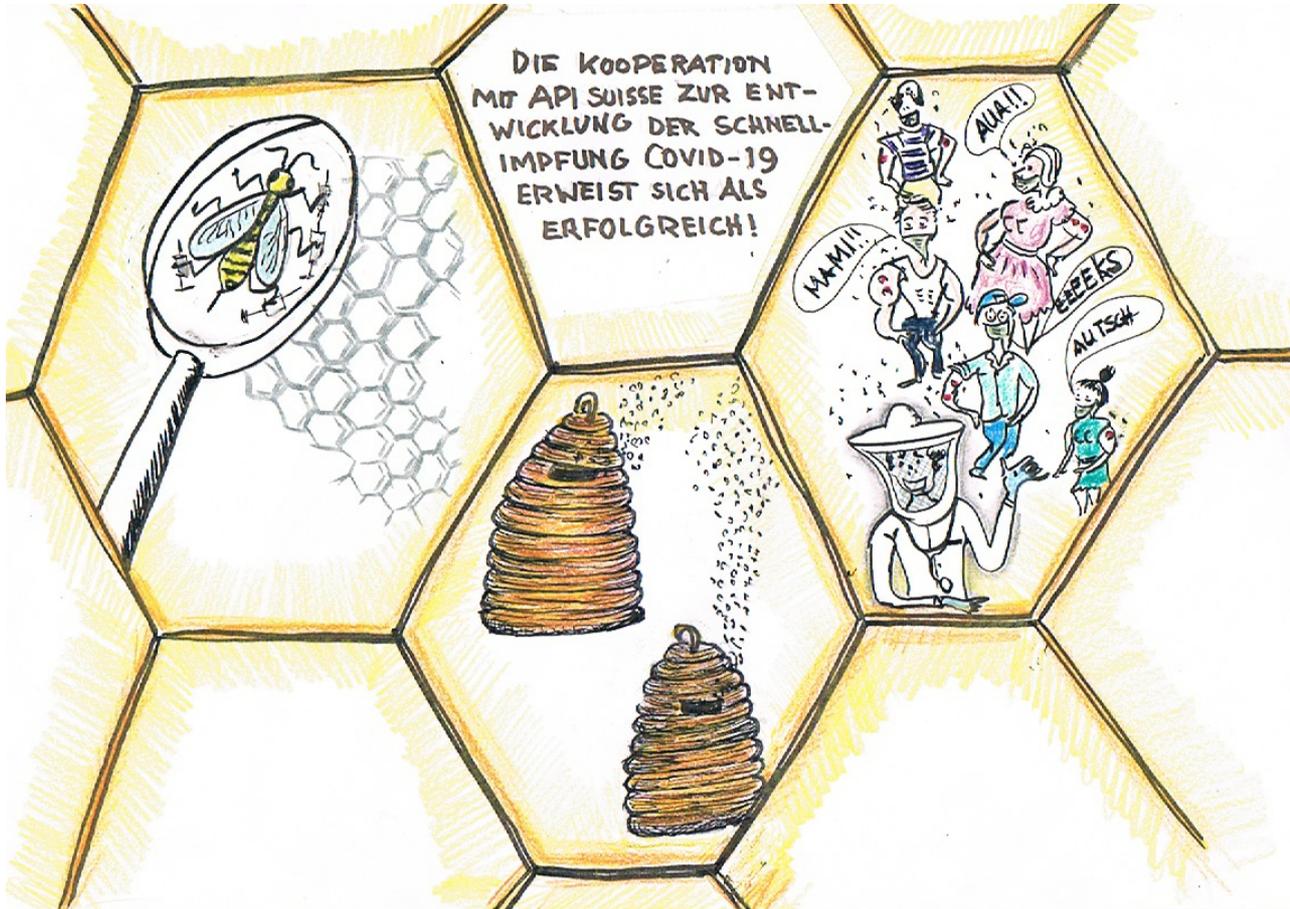
Nun glaube ich auch, dass es Frauen (und auch Väter) gibt, für die eine derart schnelle Rückkehr möglich ist. Und obwohl auch ich relativ schnell wieder in den Rat bin und den babyfreien Abend

durchaus genossen habe, hätte ich das eine Woche nach Geburt nicht geschafft. Und ehrlich gesagt, finde ich das auch nicht nötig. Das Problem ist nämlich ein anderes: wenn es für strukturelle Probleme keine strukturellen Lösungen gibt, dann wächst der Druck auf das Individuum und dann setzen sich leider auch bei uns Linken mancherlei komische Vorstellungen durch. Zum Beispiel, dass es absolut unmöglich sei, sich in einem Ratsbetrieb für kurze Zeit vertreten zu lassen. Weil man sich halt für ein solches Amt entscheiden müsse. Und man das ja wisse, wenn man sich auf diese Liste setzen lasse. Und so weiter.

Corona legt diese Schwächen nun schonungslos offen. Es gibt Ratsmitglieder, die sind RisikopatientInnen und konnten am Anfang der Pandemie gar nicht und mittlerweile nur ungern am Ratsbetrieb teilnehmen. Es gibt aber auch Krankheiten, Krebs zum Beispiel, die Menschen zwingen, über einen gewissen Zeitraum zu pausieren. Wer dann innerlich spürt, dass es gewünschter wäre, er oder sie würde zurücktreten, statt beispielsweise ein halbes Jahr zu fehlen, wird vermutlich den Rücktritt wählen. Weil man während einer solchen Zeit nicht auch noch die Nerven hat, ein schlechtes Gewissen zu haben wegen verpatzen Geschäften bei schwierigen Mehrheiten.

Strukturelle Lösungen sind wichtig, weil sie den Druck zu individuellen Entscheidungen wegnehmen. Wir haben im Gemeinderat einen Beschlussantrag für eine Vertretungslösung zuhanden des Kantonsrats eingereicht. Dieser wurde am 13. Januar 2021 im Kantonsrat behandelt und fand eine vorläufige Unterstützung. Nun ist der Regierungsrat gefordert, eine Rechtsgrundlage zu schaffen. Es ist Zeit, dass sich das Parlament der grössten, durch eine linke Mehrheit regierten, Stadt in der Schweiz endlich mit einer Modernisierung seines Ratsbetriebs befasst. Ein Parlament soll die Bevölkerung vertreten und abbilden. Damit das wirklich gelingt, müssen sich junge Eltern, Menschen mit Betreuungsaufgaben oder Kranke für eine kurze Zeit vertreten lassen können. Echte Volksvertretung geht nur mit einer Vertretungslösung. Und den Kühlschrank fürs Stillzimmer besorgen wir dann auch noch.

Karikatur: von Sabine Ziegler



Anhang: Unterlagen GV 2021

Liebe Genossinnen und Genossen

Da die letzte GV verschoben und erst im Sommer stattgefunden hat, folgt nun schon die Einladung zur nächsten GV. Wir haben sie im Präsenzformat geplant, im Wissen, dass dies vielleicht nicht möglich sein wird. Die GV wird zu diesem Zeitpunkt und in dieser Form nur durchgeführt, wenn es erlaubt und für alle möglich ist. Wir halten Euch über den Newsletter, WhatsApp-Chat und Website dazu auf dem Laufenden.

Im Namen des Vorstands

Camille Codoni
Co-Präsident
info@sp1sp2.ch

Einladung zur Generalversammlung vom Freitag, 19. März 2021

Ort: Genossenschaft Hofgarten, Gemeinschaftsraum Greencity, Maneggstrasse 73, 8041 Zürich

Zeit: Eintrudeln und Apéro ab 18.30 Uhr, Beginn der GV um 19.00 Uhr

Traktanden

1. Begrüssung
2. Wahl der Stimmzähler*innen
3. Abnahme der Traktandenliste
4. Abnahme Protokoll der GV 2020
5. Entgegennahme der Jahresberichte
 - a. Vorstand
 - b. Kantonsrat
 - c. Gemeinderat



- d.Arbeitsgruppe Schulpolitik / Schulpflege
- e.Schulpräsident
- 6.Abnahme der Jahresrechnung 2020 und des Berichts der Revisoren
- 7.Wahl des Vorstands
 - a.Präsidium
 - b.Kassier
 - c.Übrige Vorstandsmitglieder
- 8.Wahl der Revisoren
- 9.Wahl der Mitglieder der AG Schule
- 10.Wahl der Delegierten
 - a.Delegierte SP Stadt Zürich
 - b.Delegierte SP Kanton Zürich
 - c.Delegiertenpool SP Schweiz
- 11.Budget 2021
- 12.Mitgliederbeiträge und Abgaben der Behördenmitglieder
- 13.Eingegangene Anträge
- 14.Prix Dimitris
- 15.Ehrungen und Verdankungen
- 16.Varia



Bericht des Vorstands

von Remo Crestani, Co-Präsident

Die Berichtsperiode startete turbulent. Wichtige Anlässe wie die GV und die Retraite standen bereits im März an und wir mussten entscheiden, ob bzw. wann und in welcher Form diese durchgeführt werden.

Die Retraite konnte im Juni, bei bestem Wetter und mit Seeanstoss im Belvoir-Ruderclub, stattfinden. Wir diskutierten über (lokal)politische Themen, das Erreichte des vergangenen Jahres und über die Ausrichtung der Partei. Auch war die Retraite Gelegenheit, sich im neu zusammengesetzten Vorstand besser kennenzulernen. Weiter gingen aus diesem Anlass folgende drei Arbeitsgruppen hervor.

Verkehr und Klima (unter Leitung Beat Locher, mit Unterstützung von Camille Codoni). Diese Arbeitsgruppe nimmt sich u.a. den Themen Mobilität, Velorouten, Auto- und öffentlicher Verkehr an.

Stadtentwicklung (unter Leitung von Meret Herger). Was passiert in unseren Quartieren, wie bringen wir uns ein? Die erste Veranstaltung dieser Arbeitsgruppe hat am 20. August zum Thema Siedlungsrichtplan stattgefunden (Christine Seidler, Gemeinderätin, hat im Karl der Grosse berichtet).

Veranstaltungen (unter Leitung von Marion Schmid). Da der Kreis von Personen, die sich aktiv an der Parteiarbeit betätigen, eher gering ist und die Arbeit bisher hauptsächlich von Vorstandsmitgliedern geleistet wurde, wurde diese Gruppe gebildet. Diese Arbeitsgruppe wird voraussichtlich regelmässig einen "Stammtisch" organisieren, der z.B. im Anschluss an die Gemeinderatssitzungen stattfindet. An diesem Stammtisch wird jeweils ein/e Gemeinderat*in über ihre/seine Tätigkeit im Rat berichten.

Im Anschluss an die Retraite fand im Belvoir-Ruderclub der traditionelle Sommerhöck mit den Mitgliedern statt. Es wurde viel geredet, gelacht, grilliert und getrunken. Nach schwierigen Monaten im Frühling war das für alle ein Anlass, der guttat.

Auch die auf August verschobene GV konnte, unter Einhaltung der geltenden Distanzregeln, durchgeführt werden. Nach den Wahlen und dem formellen Teil wurde Eva Hofmann mit dem Prix Dimitris für ihren langjährigen, grossen Einsatz geehrt. Fiammetta Jahreiss und Beat Locher ehrten weiter Lisbeth Herger, Anna Brändle, Stephan Galliker, Peter Hug, Eva und Adrian Honegger, Peter Zweifel, Yvonne Spühler, Ernst Kuhn, Elisabeth Wernli und Marion Wyss. Im Anschluss verwöhnten uns Marion Schmid und Beat Locher mit hervorragenden Suppen und wir liessen den Abend mit guten Gesprächen ausklingen.

Gestärkt von den Sommermonaten starteten wir aktiv in den Kampf für die Abstimmungen vom 27. September und vom 29. November. Unsere Genoss*innen haben telefoniert, an Stand- und Vollverteiler-Aktionen mitgewirkt und waren als Sandwichfrauen und -männer in der Innenstadt unterwegs. Der Einsatz hat sich gelohnt. Die Stimmbevölkerung hat sich deutlich hinter die Vorlagen für sichere Velorouten und bezahlbare Wohnungen gestellt, auch deutlich Ja zum Zusatzleistungsgesetz und zum Vaterschaftsurlaub gesagt und mit dem Nein zum Kinderabzug-Bschiss ein wichtiges Signal gesetzt.

Zudem nominierten wir an der gemeinsam mit der SP Zürich 3 am 22. Oktober durchgeführten Mitgliederversammlung Jacqueline Peter als unsere Kandidatin für das Schulpräsidium Uto. Mit ihr schicken wir eine starke Kandidatin in den Wahlkampf, die die SP in bildungspolitischen Anliegen schon



lange prägt und vorwärtsbringt.

Bereits am 7. März stehen die nächsten Abstimmungen, die Wahl des Schulpräsidiums Uto und 2022 die Gemeinde- und Stadtratswahlen an. Wir können jede SP-Unterstützer* in brauchen. Wie gross der einzelne Einsatz ist, spielt nicht so sehr eine Rolle. Vielmehr zählt, dass wir als Sektion spür- und wahrnehmbar sind und für die Grundwerte der SP kämpfen.

Im Namen des Co-Präsidiums danke ich allen aktiven und den im letzten Berichtsjahr zurückgetretenen Vorstandsmitgliedern für ihr grosses, unermüdliches Engagement. Ein weiterer Dank geht an unsere Mitglieder und Sympathisant*innen, die sich über das Jahr an Stand-, Verteil-, Sandwichaktionen und auch durch ihre Teilnahme an Veranstaltungen etc. für die Sektion eingesetzt haben..

Bericht aus dem Kantonsrat

von Andrew Katumba

2020 war ein ausserordentliches Jahr und wird wegen der Covid-19 Pandemie als Zäsur in die Geschichte eingehen. Umso wichtiger ist es die Dynamik auf der politischen Ebene in unserem Kanton etwas zu beleuchten.

Noch am 11. März teilte die Geschäftsleitung des Kantonsrates mit, dass sie für das 180-köpfige Parlament in der Messehalle 7 in Zürich Oerlikon einen Ersatzstandort organisiert habe, wo die vom Bund verordneten Abstandsregeln gewährleistet werden könnten. Kurz nach dem Start des nationalen Lockdowns wurde die Sitzung abgesagt. Die Geschäftsleitung und der Regierungsrat waren sich darüber nicht einig, ob die kantonalen Parlamente vom Notrecht ebenfalls betroffen waren. Die intensive juristische Auseinandersetzung zwischen dem Kantonsparlament und dem Bund verdeutlichte schon damals, dass über die Unabhängigkeit der kantonalen Legislative alles andere als Einigkeit bestand. Nach zweiwöchiger Zwangsbeurlaubung konnte das Zürcher Parlament als erste in der Schweiz am 30. März seine Tätigkeit wieder aufnehmen. Dies war auch dringend notwendig. Die aufgrund der Pandemie ausgerufene ausserordentliche Lage hatte einschneidende Auswirkungen auf das gesamte gesellschaftliche, kulturelle und wirtschaftliche Leben im Kanton. Die SP leistete einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung der Krise. Bereits Mitte März forderte die SP in einer gemeinsamen Medienmitteilung mit den anderen Fraktionen den Regierungsrat dringend dazu auf, umgehend Sofortmassnahmen zur Rettung von Unternehmen und insbesondere von Selbständigerwerbenden zu ergreifen, die unmittelbar von den Auswirkungen des Lockdowns betroffen waren. Innert 7 Tagen hatte der Regierungsrat in Zusammenarbeit mit dem Bankrat der ZKB ein erstes Hilfspaket geschnürt, welches am 30. März vom Parlament einstimmig verabschiedet wurde. Eine wichtige Rolle spielte auch Kantonsratspräsident Dieter Kläy. Er setzte sich gegen Widerstand aus Bundesbern durch, dass das Zürcher Parlament seine Arbeit auch während der Corona-Krise wahrnehmen kann. Zusammen mit der Geschäftsleitung und den Parlamentsdiensten hat er dafür gesorgt, dass die Legislative seine Aufgaben jederzeit wahrnehmen kann. Damit konnte der Rat der Regierung jederzeit klar signalisieren, wo er seinen Kurs unterstützt und wo aus seiner Sicht Grenzen des Notrechts überschritten werden. Diese wichtige Funktion als Oberaufsicht der Regierung war gerade in unberechenbaren Krisensituationen richtig und wichtig.

Bei all den Negativberichten bot die Krise aber auch seine positiven Chancen. So war die Parlamentsarbeit fernab vom geliebten oder - je nach Sichtweise - vom beengten Rathaus eine willkommene Ab-



wechslung. Man fühlte sich aufgrund der Bestuhlung und dem zentralen Rednerpult näher an das nationale Parlament in Bern erinnert. Die fehlende Gästetribüne wurde durch ein weltweites Livestreaming ersetzt. Was die SP schon jahrelang vergebens gefordert hatte, wurde nun plötzlich Realität. Dass Architektur auch Auswirkungen auf den Parlamentsbetrieb hat, konnte man nun gut beobachten. Die lockere Bestuhlung ermöglichte lockere Gespräche über die Parteigrenzen hinweg. Man konnte im Foyer zusammen gut einen Kaffee trinken und über mögliche Kooperationen oder anstehende Geschäfte palavern. Die typischen links- rechts Voten hatten alsbald auch merklich abgenommen. Die Politiker waren im Krisenjahr bedacht überparteiliche Lösungen zu finden.

Als Beispiel möchte ich gleich aus meiner eigenen Kommission berichten. So ist im Dezember der Kantonsrat der fast einstimmigen Mehrheit der KPB gefolgt und hat mit deutlicher Mehrheit einem geänderten Gegenvorschlag zur Natur-Initiative zugestimmt. Sie fordert im Kern eine Verdoppelung der jährlichen Einlage in den Natur- und Heimatschutzfonds. Dies wäre vor kurzem undenkbar gewesen. Die zusätzlichen Mittel werden für die raschere Umsetzung des kantonalen Naturschutzgesamtkonzepts (NSGK) und neu für die Renaturierung von Gewässern verwendet werden. Im Rahmen unserer Beratungen hat die Kommission den Gegenvorschlag der Regierung noch in mehreren Punkten verbessert, wodurch eine breit abgestützte überparteiliche Lösung ermöglicht wurde.

Die Covid-19 Pandemie und all seine Mutationen werden uns auch noch im kommenden Jahr beschäftigen. Nach dem Blick zurück blicke ich aber zuversichtlich in die Zukunft. Ich bin überzeugt, dass wir gestärkt aus der Krise herausfinden werden. Wir werden manch unnötiges Korsett ablegen und uns auf wesentliche Dinge konzentrieren. Die SP wird sich auch in diesem Jahr als gestaltende Kraft für die Menschen in unserem Kanton einsetzen. Hierfür setzte ich mich mit Herzblut ein.

Bericht des Schulpräsidenten

von Roberto Rodriguez

Das Jahr 2020 war ereignisreich und unglaublich arbeitsintensiv. Fast kein Entwicklungsprozess konnte wie geplant durchgeführt werden. Das Coronavirus hat die Schulorganisation von März bis heute geprägt. Corona wird den Schulbetrieb auch weiterhin massiv beeinflussen.

Diese Pandemie hat den Unterrichtsbetrieb, die Betreuung, den Hausdienst, unsere Verwaltung und die Gastronomie im Hort und in der Mensa von einem Tag auf den anderen grundlegend verändert. Unsere Schulen mussten übers Wochenende, vom 14.-15. März 2020, den regulären Unterricht auf Fernunterricht und dann am 11. Mai 2020 auf Halbklassenunterricht umstellen. Die Kreisschulbehörde hat für die Schulen Abklärungen getroffen, Abläufe geregelt, Personalfragen geklärt und die Kommunikation soweit möglich koordiniert. Mit Zusammenstellungen zu den verschiedenen Unterrichtsformen, Stundenplänen sowie digital eingesetzten Hilfsmitteln und Medien hat unsere Fachstelle für Schulentwicklung zu Händen der Behörde Übersichten erstellt, um auch weiterhin die Aufsicht über die Schulen zu gewährleisten.

Wie genau sich der Fern- und Halbklassenunterricht auf die Schulentwicklung auswirkt, untersucht derzeit eine umfassende städtische Studie in Zusammenarbeit mit der Pädagogischen Hochschule. Die Ergebnisse stehen zum Zeitpunkt dieses Berichtes noch aus.

Nicht nur die tägliche Schulorganisation hat die Kreisschulbehörde aufgrund Corona beschäftigt, zeit-



gleich mit dem Virus nahmen auch die internen und externen Beschwerden zu. In diesem Jahr hat es so viele Reklamationen gegeben, wie in all meinen Amtsjahren zusammen. Ich habe Verständnis für die Befindlichkeiten von Eltern und Mitarbeitenden, welche in vielen Teilen nachvollziehbar sind. Dies zeigt, wie sensibel wir in einer Pandemielage entscheiden und handeln und mit welcher Sorgfalt wir kommunizieren sollten. Das ist uns nicht immer gelungen. Teilweise sind auch schlichtweg zu viele Kommunikationskanäle gewählt worden.

Interessanterweise waren die Anzahl Zuteilungsgesuche und Einsprachen selbst in diesem Jahr nochmals geringer. Es gab noch 141 Gesuche, was nur noch 1.1 % aller Zuteilungen entspricht. Diese Zahlen belegen im Bereich der Schul- und Klassenzuteilung eine nachvollziehbare Kommunikation, eine hohe Zufriedenheit der Eltern und Erziehungsberechtigten mit unseren Entscheidungen und das Vertrauen in die Arbeit der Kreisschulbehörde. Dies belegt auch, dass der Privatschulanteil im Berichtsjahr insbesondere in den Quartieren Friesenberg und Leimbach weiter abgenommen hat.

Auf das Schuljahr 2019/20 betrug das Wachstum der Schülerinnen und Schüler 2%, bei den 1'241 Mitarbeitenden, darunter auch Teilzeitanstellungen, verlief der Anstieg mit 5% parallel dazu. Bei der Zusammensetzung unseres Personals fällt auf, dass einzig die Berufsgruppe der Sozialpädagogik stagniert, alle anderen Fachbereiche wachsen. In der Betreuung sind es insbesondere die Fachpersonen Betreuung (FaBe) und im Unterricht die Klassenassistenten.

Die Fluktuation unter den Lehrpersonen hat dieses Jahr leicht zugenommen und hat den Stand von 2016 erreicht. Hingegen war die Fluktuation beim Betreuungspersonal im einstelligen Prozentbereich, so tief wie noch nie seit Beginn unserer Erhebungen. Qualitative Aussagen zu den Austrittsgründen können nicht gemacht werden, da die austretenden Mitarbeitenden vom Angebot eines Austrittsgesprächs mit einer neutralen Person vom HR der KSB-Verwaltung oder dem Präsidium nur selten Gebrauch machen. Die Pandemie hatte auch Auswirkungen auf die Weiterbildungen unserer Mitarbeitenden, das Budget wurde nur zu 70% belastet.

Das vergangene Jahr hat in aller Deutlichkeit gezeigt, wie wichtig und wertvoll das Miteinander, die gegenseitige interdisziplinäre Unterstützung und die auf allen Ebenen funktionierenden fach- und funktionsübergreifende Zusammenarbeit unter den 1'241 Mitarbeitenden ist.

Unsere Schulleitungen hatten und haben die Verantwortung und die Herausforderung, täglich zum Teil weitreichende operative Entscheide fällen zu müssen. Unsere Aufgabe als Kreisschulbehörde ist es, den Schulen mit Vertrauen und Kompetenz zu begegnen und sie auch mit der notwendigen Gelassenheit in ihrem aussergewöhnlichen Alltag zu unterstützen.

Die Behörde hat bereits im Jahr 2019 richtungsweisende Entscheide in Bezug auf die Grösse der Schulen angestrebt: Primarschulen sollen nicht über 18 Klassen (exklusiv Kindergärten) und Sekundarschulen nicht über 15 Klassen wachsen. Diese Strategie ist im Workshop zur Schulraumplanung mit dem Hochbaudepartement akzeptiert worden und diese Grundlagen sind die Leitplanken für die zukünftige Schulentwicklung.

Ich freue mich zusammen mit meinem Stab, den gewählten Behördenmitglieder, den Schulleitungen und allen anderen Mitarbeitenden das kommende Schuljahr 2021/21 aufgleisen zu können und eine zielführende Amtsübergabe zu koordinieren.

Roberto Rodriguez



Unter Einhaltung der Abstandsregeln wurde der Willkommensanlass für neue Mitarbeitende der KSB Uto auch in Zeiten der Pandemie im Volkshaus durchgeführt.

Bericht der Gemeinderatsdelegation

von Natascha Wey

Trotz Corona-Pandemie tagte der Gemeinderat im Jahr 2020 praktisch ohne Unterbruch. Während des Lockdowns in der ersten Welle im Frühjahr 2020 fielen zwei Ratssitzungen aus, weil im Rathaus mit seinen engen Platzverhältnissen die Abstände unmöglich eingehalten werden konnten. (Dafür tagten die beiden Aufsichtskommissionen RPK und GPK durchgehend wöchentlich - auch während der Frühlingsferien ??). Der Gemeinderat führte seine Sitzungen dann ab Mai 2020 bis Ende Jahr in der Messehalle 7 in Oerlikon durch. Obschon die Pandemie auch den Ratsalltag und die Abläufe etwas verkomplizierte (und den Heimweg für die im Kreis 2 wohnhaften Gemeinderät_innen massgeblich verlängerte...), kann der Rat auf ein durchaus geschäftstüchtiges Jahr zurückblicken. Die Geschäftslast blieb - auch aufgrund der zahlreichen Corona-Vorstössen und -Weisungen - hoch, Sitzungen bis 20 Uhr waren eher die Ausnahme als die Regel.

Mit Pawel Silberring, Renate Fischer, Marion Schmid und Natascha Wey ist der Kreis 1&2 mit vier Gemeinderät_innen vertreten. Renate Fischer behält als RPK-Mitglied die Stadtfinanzen im Auge, arbeitete als PUK-Mitglied am umfassenden Bericht zum ERZ mit und beschäftigt sich als Mitglied des Fraktionsvorstands auch weiterhin mit der Planung und Durchführung von Fraktionssitzungen und



anderen administrativen Fraktionsgeschäften. Pawel Silberring befasste sich als langjähriges Mitglied der SK FD mit Immobilienkäufen und städtischem Personalrecht. Die Stadt erwarb mit Unterstützung der SP Fraktion Miteigentum an der Mühlegasse 18 sowie am Hofgrundstück Preyergasse (GR Nr. 2020/7) im Kreis 1. Mit einem Investitionsbeitrag zur Gesamtinstandsetzung wurde zudem das historische "Haus zum Kiel" am Hirschengraben zwecks Renovation und Umbau unterstützt (GR Nr. 2020/430).

Marion Schmid und Natascha Wey beschäftigten sich in der SK GUD vor allem mit Neu- und Umbauprojekten im Stadtspital Triemli (GR Nr. 2020/255), mit der Einrichtung eines ambulanten dermatologischen Zentrums in der Europaallee (GR Nr. 2020/222) und die SP Fraktion reichte unter Federführung von Marion Schmid verschiedene Motionen ein zur Verbesserung der Situation der Pflege- und Betreuungsberufe in den Gesundheitsinstitutionen der Stadt Zürich (GR. Nr. 2020/156) sowie für eine bessere Versorgung von Menschen mit Demenz (GR Nr. 2020/81).

Doch auch in anderen Kommissionen wurden für den Kreis 1&2 wichtige Geschäfte behandelt. Zum Beispiel der lang ersehnte Neubau der Schulanlage Höckler auf dem Areal der Allmendstrasse 91-95 im Gebiet Manegg (GR Nr. 448). Mit dem Projektierungskredit kann nun endlich die Konkretisierungsphase beginnen und eine Schulanlage für insgesamt 22 Klassen im Gebiet Manegg geplant und schliesslich gebaut werden.

Das Jahr 2020 war auch ein Jahr, in dem viele Beiträge an Kulturinstitutionen erneuert wurden, die üblicherweise im 4-Jahreszyklus gesprochen werden. Da gerade der Kreis 1 einige wichtige Kulturinstitutionen beherbergt, im Folgenden eine Auflistung: GR Nr. 2020/506, Kultur Cabaret Voltaire, Beiträge 2021-2025, jährlicher Betriebsbeitrag und Mietzinserslass; GR Nr. 2020/428 Junges Literaturlabor Jull an der Bärengasse, Beiträge 2021-2025; GR Nr. 2020/408 Geschäftsbericht Kongresshaus, Kenntnisnahme; GR Nr. 2020/372, Kultur, Stiftung für konstruktive, konkrete und konzeptuelle Kunst (Museum Haus Konstruktiv), Beiträge 2021-2024; GR Nr. 2020/336 Kultur, Subventionsvertrag zwischen der Stadt Zürich und der Tonhalle-Gesellschaft Zürich AG, GR Nr. 2020/278, Theater Purpur, Beiträge 2021-2024, Erhöhung Beiträge und jährliche Betriebsbeiträge.

Auch die Ornithologen unter uns haben Grund zur Freude, die Beiträge an den Verein Volière Gesellschaft Zürich für die Volière am Mythenquai wurden ebenfalls für 4 Jahre verlängert (GR Nr. 2020/536). Ebenfalls sprach der Gemeinderat im Rahmen der Stadtentwicklung Beiträge an die Quartiervereine für die Jahre 2021-2024 (GR 2020/352), von denen ein Teil natürlich auch den Quartiervereinen im Kreis 1&2 zugute kommen.

Am neuen Sitzungsort, der Messehalle 9 in Oerlikon kann man uns zurzeit nicht besuchen, aber unsere Sitzungen werden neu live auf www.gemeinderat-zuerich.ch übertragen - schaut doch mal rein!

Bericht der Arbeitsgruppe Schulpolitik

von Gertrud Zürcher

Die Arbeitsgruppe Schulpolitik hat im Berichtsjahr sich zu drei Sitzungen getroffen. Die Coronapandemie beschäftigte uns Kreisschulbehördenmitglieder sehr.

Schule im Pandemiejahr

Eine grosse Herausforderung für die Schule war die Coronapandemie. Innert kürzester Zeit wurden



am 16. März die Schulen geschlossen und der Unterricht musste auf Fernunterricht umgestellt werden. Dies bedeutete unterschiedliche Vorgehensweisen von der Kindergarten bis zur Sekundarstufe. Viele Lehrpersonen haben die Herausforderung mit grosser Flexibilität angenommen und innert kürzester Zeit auf Fernunterricht umgestellt. Digitale Unterrichtsformen sind auf der Mittel- und Sekundarstufe zentral geworden. Schüler*innen, die keinen eigenen Computer hatten, konnten sich von den Schulen einen Laptop ausleihen. Der positive Effekt der Schulschliessung war, dass die Zusammenarbeit in den Stufenteams gestärkt wurde. Auf den unteren Stufen, erarbeiteten die Lehrpersonen Unterrichtseinheiten mit den zugehörigen Materialien. Diese wurden den Kindern zum Teil nach Hause gebracht oder konnten von den Kindern abgeholt werden. Die Kontakte mit den Kindern wurden dazu genutzt, um die Beziehung zu pflegen und sich ein Bild über das Wohlbefinden der Kinder zu machen. Einige Kinder waren sehr schwer zu erreichen und die Lehrpersonen mussten sich sehr bemühen, um mit diesen Schüler*innen den Kontakt zu halten. Für Kinder die zu Hause vernachlässigt wurden, bemühten sich die Schulen einen Betreuungsplatz zur Verfügung zu stellen.

Als die Schulen wieder geöffnet wurden, stellte sich die neue Herausforderung die Quarantänen und das Contact Tracing für erkrankte SchülerInnen und Lehrpersonen zu organisieren. Schulleitungen sind durch ständig wechselnde Regeln gefordert, um zeitnah die Schutzkonzepte anzupassen. Ein Fazit ist, dass sich durch den Lockdown die Schere zwischen den Leistungsstärkeren und den schwächeren Schüler*innen geöffnet hat, obwohl die Schule viel unternommen hat, um alle Schüler*innen zu erreichen und gut zu unterstützen.

Neues Schulpräsidium

Die AG Schulpolitik hat sich im Zusammenhang mit der Nominierung der SP für das neue Schulpräsidium intensiv mit dem Anforderungsprofil für diese Position auseinandergesetzt. Neben Führungserfahrung ist für uns die Vertrautheit mit der SP-Schulpolitik bedeutsam.

Mitgearbeitet haben in der Arbeitsgruppe Schulpolitik:

Christina Horisberger, Silvia Nagel, Nicole Welti, Andrea Scholian, Gertrud Zürcher